

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten der Abgeordneten Christian Calderone, Jörg Hillmer, Cindy Lutz und Martina Machulla (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Antisemitismus an Hochschulen in Niedersachsen

Anfrage der Abgeordneten der Abgeordneten Christian Calderone, Jörg Hillmer, Cindy Lutz und Martina Machulla (CDU), eingegangen am 11.03.2024 - Drs. 19/3726, an die Staatskanzlei übersandt am 12.03.2024

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung vom 16.04.2024

Vorbemerkung der Abgeordneten

Anfang Februar dieses Jahres wurde ein jüdischer Student der Freien Universität (FU) Berlin aus mutmaßlich antisemitischen Motiven tätlich angegriffen und schwer verletzt. Der Täter soll ein pro-palästinensischer Kommilitone gewesen sein¹. Der Gewaltübergriff in Berlin hat eine Debatte über antiisraelische und antisemitische Umtriebe an deutschen Hochschulen in Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 und dem Gaza-Krieg ausgelöst. So forderte etwa der niedersächsische Wissenschaftsminister ein härteres Durchgreifen der Hochschulleitungen, bis hin zur Exmatrikulation bei antisemitischen Vorkommnissen in der Studentenschaft².

Das Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* listet in einem aktuellen Bericht³ zahlreiche antisemitische Vorfälle wie Störaktionen, Beschimpfungen, Schmierereien und Plakataktionen auf, die sich in jüngster Zeit an einer Vielzahl deutscher Hochschulen ereignet haben. Eine Sprecherin des Netzwerkes jüdischer Hochschullehrender wird mit den Worten zitiert: „Solche Vorfälle gibt es leider an fast allen Hochschulen“.

In diesem Kontext spielen ausweislich des Nachrichtenmagazins *DER SPIEGEL* offensichtlich auch linksgerichtete Gruppierungen, wie z. B. das Bündnis „Waffen der Kritik - Klasse gegen Klasse“, eine führende Rolle. Auch nach Angaben der Jüdischen Studierendenunion Deutschland treten im Hochschulbereich vor allem linksgerichtete und islamistische Gruppierungen durch antiisraelische und antisemitische Aktivitäten in Erscheinung⁴.

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu antiisraelischen bzw. antisemitischen Vorfällen an niedersächsischen Hochschulen?

Zu der Thematik steht das Fachministerium regelmäßig im Austausch mit den niedersächsischen Hochschulen. Eine Anzeigepflicht der Hochschulen besteht nicht. Aktuell haben die Hochschulen zu dieser Frage folgende Rückmeldungen übermittelt:

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/berlin-fu-protest-antisemitismus-angriff-100.html>

² <https://taz.de/Antisemitismusbekaempfung-an-Hochschulen/!5992992/>

³ Der Spiegel Ausgabe Nr. 9 (24.02.2024), S.33-35.

⁴ <https://www.n-tv.de/politik/Viele-Juden-haben-Angst-wenn-sie-in-die-Universitaet-gehen-article24742661.html>

Universität Oldenburg (Stand 18.03.2024): An der Universität Oldenburg gab es in den letzten fünf Jahren antisraelische bzw. antisemitische Vorfälle. Auch schon vor Beginn des aktuellen Konflikts in Nahost seit dem 07.10.2023 gab es vereinzelt propalästinensische Aussagen von Einzelpersonen und auch die Nutzung von Flaggen und Symbolen, die auf Antisemitismus bzw. eine antisraelische Gesinnung hingewiesen haben. Nach Beginn des aktuellen Konflikts ab Oktober bis einschließlich November 2023 wurde beobachtet, dass eine Gruppe von Personen Flugblätter oder Flyer mit antiisraelischen bzw. antisemitischen Inhalten auf den Tischen in der Mensa und im Cafeteria-Bereich des Studentenwerks Oldenburg verteilt hat. Zudem wurde von dieser Gruppe versucht, weitere Personen für ihre Zwecke zu mobilisieren. Studierende der Uni Oldenburg, die dies nicht wollten, oder die, die Flyer wieder von den Tischen entfernen wollten, wurden verbal beschimpft und auch bedrängt.

Universität Göttingen (Stand 28.03.2024): Im Jahr 2019 ist es an Gebäuden der Universität Göttingen zu Schmierereien mit Hakenkreuzen und anderen rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen sowie trans*feindlichen Symbolen und Parolen gekommen. Dabei seien auch explizite Drohungen und Verunglimpfungen gegen Angehörige und Mitglieder sowie einzelne Einrichtungen der Universität ausgesprochen worden. Die Universität hat dazu Stellung genommen. Auf der Homepage kann dazu folgende Stellungnahme nachgelesen werden: <https://www.uni-goettingen.de/de/stellungnahme+der+universit%C3%A4t+gegen+rechtsextreme+symbole+und+schmierereien+auf+dem+campus/604336.html>.

In der Zeit seit dem Überfall der Hamas gab es vereinzelt propalästinensische Aktivitäten. Es gab drei bis vier kleine, friedliche Protestaktionen gegen den Krieg und behauptete Kriegsverbrechen in Gaza auf dem Campus (jeweils zwischen zehn und 20 Personen) sowie zweimal ein Banner an der Staats- und Universitätsbibliothek SUB, das einen behaupteten Genozid anprangerte. Ganz aktuell gibt es auch ein Graffiti am Oeconomicum: „Stopp den Genozid!“, das zeitnah entfernt wird.

Jüngst sind bei der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Göttingen zwei E-Mails eingegangen, in denen von abgerissenen Plakaten einer Gruppe jüdischer Studierender berichtet (eingegangen am 20.03.2024) und darauf hingewiesen wurde, dass es an der Universität jüdische Studierende gibt, die sich zunehmend unsicherer fühlen (eingegangen am 26.03.2024).

Medizinische Hochschule Hannover (Stand 02.04.2024): Nach Rückmeldung aus der Stabstelle Recht gab es im letzten Jahr einen Fall aus dem Bereich der Studierenden, bei dem ein Student mit rechtsradikalen und antisemitischen Äußerungen bei einer studentischen Einführungsveranstaltung aufgefallen war.

Universität Hildesheim (Stand 02.04.2024): In den letzten fünf Jahren gab es sechs Vorfälle mit Hakenkreuz-Schmierereien auf dem Gelände der Universität Hildesheim, in einem Fall verbunden mit antisemitischen und rechtsgerichteten Parolen.

Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth (Stand 04.04.2024): Im öffentlichen Bereich der Hochschule wurde mehrmals die dort aufgehängte israelische Flagge abgeschnitten. In diesen drei Fällen wurde Anzeige erstattet; Täterinnen oder Täter konnten nicht ermittelt werden. Die Vorfälle wurden auch in einer internen Kommunikation durch die Hochschulleitung entsprechend verurteilt. In einem privaten Instagram-Account eines Hochschulangehörigen wurde eine antisemitische Äußerung gemacht. Nach einem Gespräch wurde diese Äußerung gelöscht. Auf dem Campus Oldenburg wurden kürzlich Graffiti mit rechtem Gedankengut bzw. mit einem Bezug zum Holocaust entfernt. Die Graffiti wurden ebenfalls zur Anzeige gebracht.

Tierärztliche Hochschule Hannover (Stand: 13.03.2024): Fehlanzeige

Hochschule Musik, Theater und Medien Hannover (Stand 15.03.2024): Fehlanzeige

Universität Vechta (Stand 15.03.2024): Fehlanzeige

Hochschule für Bildende Künste (Stand 18.03.2024): Fehlanzeige

Hochschule Hannover (Stand 20.03.2024): Fehlanzeige

Technische Universität Braunschweig (Stand 28.03.2024): Fehlanzeige

Universitätsmedizin Göttingen (Stand 28.03.2024): Fehlanzeige

Universität Osnabrück (Stand 02.04.2024): Fehlanzeige

Universität Hannover (Stand 02.04.2024): Fehlanzeige

Hochschule Osnabrück (Stand 02.04.2024): Fehlanzeige

Hochschule Emden/Leer (Stand 04.04.2024): Fehlanzeige

Technische Universität Clausthal (Stand 04.04.2024): Fehlanzeige

Universität Lüneburg (Stand 05.04.2024): Fehlanzeige

Hochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen (Stand 08.04.2024): Fehlanzeige

Allerdings hat die Ortsgruppe des Young Struggle e. V., der dem als verfassungsfeindlich eingestufteten Netzwerk Samidoun nahesteht, in der Vergangenheit das studentische Café Brühlchen der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit in Hildesheim als Veranstaltungsort für einen Lesekreis und Gesprächsrunden genutzt.

Das Café Brühlchen wird von einem eingetragenen Verein durch Studierende betrieben. Es hat keine institutionelle, organisatorische oder inhaltliche Anbindung an die HAWK. Und natürlich wird es finanziell auch nicht aus Mitteln der HAWK unterstützt. Allerdings nutzt der Brühlchen e. V. die Räume im Rahmen einer Miet- bzw. Überlassungsvereinbarung. Bisher war das aus Sicht der Hochschule inhaltlich unproblematisch, da das Café als Ort alternativer, friedlicher und internationaler Angebote von Studierenden für Studierende wahrgenommen wurde, die sich mit den Zielen einer offenen, liberalen und Diskriminierungen verurteilenden Hochschulkultur gut vereinbaren ließen. Die Nutzung durch den Young Struggle e. V. war weder mit der Hochschulleitung, noch mit dem Dekanat und/oder den derzeit aktiv das Café betreibenden Studierenden vereinbart.

Die Hochschulleitung hat umgehend dafür Sorge getragen, dass die Nutzung beendet wird und Mitglieder des Young Struggle e. V. keinen Zutritt mehr zu den Räumlichkeiten haben. Es ist selbstverständlich ein Anliegen der Hochschulleitung, dafür Sorge zu tragen, dass auf keinen Fall verfassungsfeindliche oder verfassungsfeindlichen Organisationen nahestehende Gruppierungen Treffen in Räumen der Hochschule abhalten. Weitere Treffen oder Aktivitäten sind seit dem Nutzungsverbot auch nicht mehr bekannt geworden.

2. Wenn es Vorfälle gegeben hat: Wie viele Strafverfahren wegen welcher Straftaten wurden eingeleitet?

Universität Oldenburg (Stand 18.03.2024): Gegen die Gruppe, bzw. gegen einzelne Personen, die in dieser Gruppe durch die Flyerverteilung und das Bedrängen von Studierenden auffällig geworden waren, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Es wurde ein Platzverweis erteilt. Weitere Vorfälle oder Auffälligkeiten hinsichtlich antisemitischen oder antiisraelischen Inhaltes wurden zur Anzeige gebracht. In diesen Fällen lagen keine ausreichenden Beweise für eine strafrechtliche Verfolgung vor.

Universität Göttingen (Stand 28.03.2024: Im Jahr 2019 wurden vier Fälle von Hakenkreuzschmierereien zur Anzeige gebracht. Das Verfahren wurde jeweils eingestellt, weil kein Täter bzw. keine Täterin ermittelt werden konnte.

Medizinische Hochschule Hannover (Stand 02.04.2024): Der unter Frage 1 benannte Fall wurde bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Universität Hildesheim (Stand 02.04.2024): Alle unter Frage 1 genannten Fälle wurden bei der Polizei angezeigt, erforderliche Strafanzeigen wurden gestellt. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen geführt und später eingestellt. Der bzw. die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth (Stand 04.04.2024): Die Hochschule verweist auf die Beantwortung zu Frage 1. Insgesamt wurden vier Strafanzeigen gestellt

3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu Gruppierungen und Personen aus dem linksgerichteten und islamistischen Spektrum, die sich im Hochschulbereich antiisraelisch bzw. antisemitisch betätigen?

Die Anzahl linksgerichteter Gruppierungen in Niedersachsen, welche sich durch eine pro-palästinensische Einstellung kennzeichnen und einen erkennbaren Bezug in den Hochschulbereich aufweisen, bewegt sich im Kontext des Nahost-Konflikts in Niedersachsen im oberen einstelligen Bereich. Erkenntnisse zu einer explizit antiisraelischen oder antisemitischen Haltung dieser Gruppierungen liegen zum aktuellen Zeitpunkt nicht vor. Der Bezug der oben genannten Gruppierungen zu den Hochschulen ergibt sich im Wesentlichen aus Teilnahmen an Hochschul-Veranstaltungen oder aus festgestellten Aufrufen im Rahmen von versammlungsrechtlichen Aktionen durch Studentinnen und Studenten.

Darüber hinaus liegen den Sicherheitsbehörden aktuell keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung in präventiver Hinsicht, um an niedersächsischen Hochschulen antisemitischen Tendenzen entgegenzuwirken und jüdische Studentinnen und Studenten sowie Personen in Lehre und Forschung zu schützen?

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine zentrale Aufgabe des demokratischen Rechtsstaats und der gesamten Gesellschaft. Für die Landesregierung hat der Kampf gegen Antisemitismus eine besondere Bedeutung. Vor dem Hintergrund antisemitischer Vorfälle ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Jüdinnen und Juden an niedersächsischen Hochschulen aller Schutz und jede Hilfe zuteilwerden muss, die möglich sind. Die niedersächsischen Hochschulen gehen höchst verantwortungsvoll mit der Thematik um. Die Hochschulen sind pluralistisch und auf internationalen Austausch ausgerichtet. Sie leben gegenseitige Achtung und Wertschätzung und stehen auf der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung. Daher muss es für Studierende, die diese Werte mit Füßen treten, klare Konsequenzen geben. Im Rahmen der Hochschulautonomie ist es vorrangig Aufgabe der Hochschulen, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, wenn sich ihre Hochschulangehörigen, gegen diese freiheitliche Kultur und ihre Werte richten. Die Landesregierung wird den Dialog mit den Hochschulen fortsetzen und Fragen von Schutz gegen Antisemitismus, Sensibilisierung und Wissen entsprechend thematisieren.

5. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung zur „Ausschärfung“ des Hochschulrechtes vor, um wirksam gegen antisemitische Aktivitäten an niedersächsischen Hochschulen vorgehen zu können?

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen über Antisemitismus und Gewalt an Hochschulen soll § 19 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG), der insbesondere die Immatrikulation und die Exmatrikulation regelt, erweitert werden. Die Landesregierung steht hierzu im Austausch u. a. mit den Hochschulen. Ziel ist es, den Hochschulen mehr und zielgerichtete Instrumente an die Hand zu geben, um auf Vorfälle wie beispielsweise die Gewalttat in Berlin reagieren zu können.